e-Paper Abo-Service Inserieren Navigation Wetter Dossiers Galerien Newsletter SMS-Dienste RSS

Bieler Tagblatt

12° / 18°

NACHRICHTEN SPORT AUSGEHEN UNTERHALTUNG MARKTPLATZ GUTE GESCHÄFTE MEIN BEITRAG GEMEINDEPORTAL

04.05.2007, 00:00

Ja zum Stimmrechtsalter 16

Der Regierungsrat schlägt vor, das Stimmrecht im Kanton Bern auf 16 Jahre zu senkDie kantonale Jugendkommission ist der Langenthaler Jungsozialistin Nadine Masshardt gefolgt, die den entsprechenden Vorschlag gebracht hat.

Der Regierungsrat schlägt vor, das Stimmrecht im Kanton Bern auf 16 Jahre zu senken. Die kantonale Jugendkommission ist der Langenthaler Jungsozialistin Nadine Masshardt gefolgt, die den entsprechenden Vorschlag gebracht hat.

td. «Wer von staatlichen Regelungen betroffen und zur Diskussion und Entscheidung darüber fähig ist, soll mitreden und stimmen können», schreibt die Berner Regierung in ihrer Antwort auf die Motion der jüngsten Grossrätin. Jugendliche ab 16 Jahren hätten diese Fähigkeit. Ihnen sei auf Grund ihrer intellektuellen und sozialen Entwicklungsstufe die Teilnahme am politischen Prozess zuzutrauen.

Damit beruft sich der Regierungsrat auf die Urteilsfähigkeit der 16- bis 18-jährigen Jugendlichen. Deshalb sei ihnen aktive Teilnahme am politischen Prozess zuzutrauen. Masshardts Vorstoss verlangt ausschliesslich nur das aktive Stimm- und Wahlrecht. Für das passive Wahlrecht soll weiterhin die Altersgrenze 18 gelten. Darüber ist der Regierungsrat nicht unglücklich, weil dies, wie er schreibt, zu Widersprüchen zum geltenden Mündigkeitsalter 18 führte.

2002 abgelehnt

Dass die Berner Regierung das Stimmrecht 16 unterstützt, ist neu. Noch 2002 hat der Grosse Rat auf Drängen des damaligen Regierungsrats das Stimmrecht 16 auf Gemeinde- und Kantonsebene abgelehnt - obwohl das gleiche Parlament zuvor ein Postulat für das Gemeindestimmrecht 16 überwiesen hatte.

Es liegt indes im Trend, dass die Berner Regierung diesen Entscheid jetzt revidiert. In Österreich hat die Bundesregierung im März den Grundsatzentscheid gefällt, das Stimmrechtsalter 16 auf Bundesebene einzuführen. Bereits Realität ist das Stimmrechtsalter 16 in den Bundesländern Wien, Salzburg und Burgenland sowie in den deutschen Bundesländern Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In der Schweiz führt möglicherweise der Kanton Glarus als erster Kanton das Stimmrechtsalter 16 ein (vgl.

Kasten).
Die Berner Regierung verbindet ihr mit der Forderung, die politische Bildung müsse verbessert werden. In der Antwort auf eine ebenfalls von Masshardt eingereichte Interpellation hält der Regierungsrat fest, dass die Kenntnisse vieler Jugendlicher in der Tat ungenügend seien. Mit Verweis auf den Lehrplan und die neuesten Lehrmittel unterstreicht die Regierung jedoch, dass Massnahmen ergriffen wurden, um die Defizite auszumerzen.
Vorstösse von Erwin Sommer (EVP, Melchnau) und Masshardt, die das Basiswissen in den Schulen verbessern und geeignete Webseiten dafür verlangen wollen, unterstützt die Regierung. Webseiten, die politisches Basiswissen vermitteln, gibt es bereits.
Info: www.politischebildung.ch

Entscheid am Sonntag
bw. Am Sonntag stimmen die Glarner an der Landsgemeinde über das Stimmrechtsalter 16 ab. Der Vorschlag hat Chancen, angenommen zu werden, denn nicht nur der Regierungsrat, sondern auch FDP, Grüne und SP stimmen ihm zu. Zur Abstimmung kommt es, weil die Juso im Juli 2005 den Antrag einreichte, es sei das aktive und passive Stimmrecht ab dem 16.Altersjahr auf Kantons- und Gemeindestufe zu gewähren. Der Regierungsrat schwächte diesen Antrag in einem Gegenvorschlag leicht ab: Das Mindestalter für das aktive Stimm- und Wahlrecht solle auf 16 Jahre hinuntergesetzt, für die Wählbarkeit in politische und richterliche Behörden (passives Wahlrecht) aber das Mindestalter von 18 Jahren beibehalten werden. Der Landrat des Kantons Glarus ist allerdings sowohl gegen den Antrag der Juso als auch gegen den Gegenvorschlag des Regierungsrats.
Der Kanton Glarus wäre der erste Kanton der Schweiz mit Stimmrechtsalter 16. Auf Bundesebene wurde 2000 ein Vorstoss abgelehnt.

Im Gespräch mit Jugendlichen: Am Jugend-Grossrat-Tag im vergangenen Januar erhielten Grossrätinnen und Grossräte - im Bild die Grossrätinnen Margreth Schär (links) und Beatrice Simon - eine Kostprobe der politischen Interessen Jugendlicher. Bild: Andreas Blatter

STICHWÖRTER Schweiz-BE

KOMMENTAR HINZUFÜGEN

Name

[redacted]

Kommentar *

Informieren Sie mich, wenn ein neuer Kommentar hinzugefügt wurde.

Alle Kommentare Antworten auf meine Kommentare

ABSENDEN

* Pflichtfelder